Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Aus der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 211 — Dresden, Freitag den 10. September 1926 — 37. Jahrg.

Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit, die Leitsterne des Menschenschicksals

Stresemanns Rede vor dem Völkerbund

wtb. **Genf**, 10. September, mittags.

Auf die Begrüßungsansprache des Präsidenten der Völkerbundsversammlung, Nintschitsch, erwiderte der Reichsminister des Äußeren, Dr. Stresemann, mit folgender, in deutscher Sprache gehaltenen Rede:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Vorsitzende dieser hohen Versammlung hat die Güte gehabt, mit Worten der Freude und Genugtuung den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu begrüßen. Dafür den Dank Deutschlands zum Ausdruck zu bringen und diesen Dank zu verbinden auf die hohe Versammlung, ist meine erste Pflicht. Ich verbinde damit zugleich den Dank an die Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft. Es hat einer längeren Entwicklung bedurft, bis die politische Gesamtlage so geworden war, daß die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbunde möglich wurde. Noch in diesem Jahre sind große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, bevor dem Entschlusse Deutschlands der einmütige Beschluß des Völkerbundes folgte. Fern liegt es mir, über diese Dinge der Vergangenheit zu sprechen. Aufgabe der heutigen Generation ist es, den Blick auf die Gegenwart und die Zukunft zu richten. Deutschland tritt mit dem heutigen Tage in die Mitte von Staaten, mit denen es zum Teil in langjähriger Freundschaft verbunden ist, die zum andern Teil im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet waren. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und diese letzteren Staaten

sich jetzt im Völkerbunde zu dauernder friedlicher Zusammenarbeit zusammenfinden.

Diese Tatsache zeigt deutlicher, als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungskampf der Menschheit eine neue Richtung zu geben. Die grundstürzenden Ereignisse des furchtbaren Krieges haben die Menschheit zur Besinnung über die den Völkern gestellten Aufgaben gebracht. Wir sehen in vielen Staaten den Niederbruch wertvollster geistiger und wirtschaftlicher Schichten. Wir erleben die Bildung von neuen, das Hinsinken von alten Formen der Wirtschaft. Wir sehen, wie die Wirtschaft die alten Grenzen der Länder sprengt und neue Formen internationaler Zusammenarbeit erstrebt. Die alte Wirtschaft beruhte auf dem ungeschriebenen Gesetz des

traditionellen Güteraustausche zwischen den Erdteilen.

Ihn wieder herzustellen ist unsere Aufgabe. Wichtiger aber als alles wirtschaftliche Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde.

Die einen vertreten das Prinzip nationaler Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbunde angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander kehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am meisten dienen, der wurzelnd im eigenen Volk, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit über die Grenze des eigenen Volkstums hinauswachsend der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben. So verbinden sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiete. So können sie sich auch verbinden in politischem Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen. Die politische Auswirkung dieser Gedanken liegt

in der inneren Verpflichtung der Staaten zu gemeinsamem friedlichem Zusammenwirken.

Diese innere Verpflichtung zu friedlichem Zusammenwirken besteht auch für die großen moralischen Menschheitsfragen. Kein anderes Gesetz darf für sie gelten, als das Gesetz der Gerechtigkeit. Das Zusammenarbeiten der Nationen im Völkerbund muß und wird dazu führen, auch auf diese moralischen Fragen im Völkerleben die gleiche Antwort zu geben. Denn das sicherste Fundament für den Frieden ist eine

Politik, die getragen wird von gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung der Völker.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Politik mit aller Entschiedenheit zu verfolgen. Sie kann mit Genugtuung feststellen, daß diese Gedanken, anfangs in Deutschland heftig umkämpft, sich allmählich immer mehr das deutsche Volksbewußtsein erobert haben, so daß die deutsche Regierung auch für die große Mehrheit des deutschen Volkes spricht, wenn sie erklärt, daß sie sich an den Aufgaben des Völkerbundes mit voller Hingabe beteiligen wird. Die deutsche Delegation glaubt, die Ansicht zum Ausdruck bringen zu können, daß bei den Arbeiten zunächst jene Gebiete besondere Beachtung verdienen, bei denen die einzelnen Völker, durch Einordnung in gemeinsame Einrichtungen, die eigene Leistungsfähigkeit zu steigern vermögen. Neben mancher anderen Schöpfung des Völkerbundes kommt hier vor allem das Streben nach einer

internationalen Rechtsordnung

in Betracht, das in der Gründung eines Weltgerichtshofes sichtbaren Ausdruck gewonnen hat. Von besonderer Bedeutung für die Erhaltung der Friedensordnung zwischen den Völkern sind ferner die Bestrebungen, die sich auf die Abrüstung beziehen. Die völlige Abrüstung Deutschlands ist, durch den Vertrag von Versailles, als Beginn der allgemeinen Abrüstung festgesetzt worden.

Möge es gelingen, der allgemeinen Abrüstung in praktischer Arbeit näherzukommen und damit den Beweis zu erbringen, daß starke positive Kraft den großen Idealen des Völkerbundes schon jetzt innewohnt.

Deutschlands Beziehungen zum Völkerbunde werden freilich nicht ausschließlich durch die jetzt gegebene Möglichkeit der Mitarbeit an großen und allgemeinen Zielen bestimmt. Der Völkerbund ist vielmehr in mancher Beziehung auch der Erbe und Vollstrecker der Verträge von 1919. Daraus haben sich, wie ich offen ausspreche, in der Vergangenheit vielfach Gegensätze zwischen dem Völkerbunde und Deutschland ergeben. Ich hoffe, daß sich die Behandlung der hierher in Betracht kommenden Fragen infolge unserer künftigen Mitarbeit im Völkerbunde leichter gestalten wird. Auch hier wird gegenseitiges Vertrauen größere politische Schöpferkraft besitzen als andere Methoden. Deutschland wünscht mit allen Nationen, die im Völkerbunde und im Rate des Völkerbundes vertreten sind, auf der

Grundlage gegenseitigen Vertrauens

zusammenzuarbeiten. Noch hat der Völkerbund sein Ziel nicht erreicht, alle Weltmächte in sich zu umfassen. Wenn der Eintritt Deutschlands auch einen wichtigen Schritt zur Universalität des Bundes bedeutet, so müssen wir doch unserm lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß Brasilien die Absicht kundgetan hat, sich aus dem Völkerbunde zurückzuziehen. Dies bedauern wir um so lebhafter, als Deutschland auf dem Standpunkte steht, daß zum Begriffe der Universalität des Völkerbundes auch der Gedanke gehört, nicht einem Erdteile eine maßgebende Bedeutung gegenüber andern Erdteilen einzuräumen.

Wir fühlen uns ferner eins mit den im Bunde vereinigten Nationen in der bestimmten Hoffnung, daß die wertvolle Mitarbeit Spaniens dem Völkerbunde erhalten bleiben möge. Wir sind überzeugt, daß der von allen Mächten an Spanien gerichtete Appell dieses große Land und das spanische Volk überzeugen wird, wie sehr es dem von ihm vertretenen Gedanken abträglich sein würde, wenn es hier in Genf längere Zeit fehlen würde. Erst durch die Universalität wird der Bund vor jeder Gefahr geschützt,

seine politische Kraft zu andern Diensten als zu reinen Friedensdiensten einzusetzen.

Nur auf der Grundlage der Gemeinschaft, die alle Staaten, ohne Unterschied, in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden. Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Grundsatz der Freiheit aufbauen, um den jedes Volk ringt, wie jedes Menschenwesen.

Deutschland ist entschlossen, sich in seiner Politik auf den Boden dieser erhabenen Ziele zu stellen. Für alle hier versammelten Völker gilt das Wort des großen Denkers, daß wir Menschen uns zu einem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt. Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe, Freiheit, Friede und Einigkeit vollziehen. Dann werden wir dem von uns allen erstrebten Ziele näher kommen. Daran freudig mitzuarbeiten, ist Deutschlands fester Wille.

Nach der Uebertragung der Rede Dr. Stresemanns ins Französische und Englische ergriff

der französische Außenminister Briand,

mit Händeklatschen begrüßt, das Wort zu einer überaus eindrucksvollen Rede, in der er zunächst seine Freude darüber aussprach, daß es ihm von der Versammlung vergönnt worden sei, gleich nach dem so würdigen Vertreter Deutschlands die Tribüne des Völkerbundes zu besteigen, um unmittelbar nach ihrem Eintritt in die Versammlung an die deutschen Vertreter ein Wort der Begrüßung zu richten und sie des herzlichen und aufrichtigen Wunsches Frankreichs zu versichern, mit Deutschland im Geiste der Opferwilligkeit für das gemeinsame Ziel zu arbeiten. Er hoffe, man habe verstanden, daß das Erscheinen des französischen Vertreters auf der Tribüne in diesem Augenblick gleich nach den beredten und erhebenden Worten, die man gehört habe, ein Umstand von nicht nebensächlicher Bedeutung sei. Das Ereignis, dem man hier beiwohne, verspreche in seinen Auswirkungen die Erfüllung all der so berechtigten Hoffnungen, die die Völker hegten.

Die Verantwortungsbereiten

Deutschnationale Parteitags-Bekenntnisse

Köln, 10. September. (Eig. Drahtb.)

Im großen Saal der Kölner Bürgergesellschaft nahm gestern mittag der eigentliche Parteitag der Deutschnationalen seinen Anfang. Parteivorsitzender Graf Westarp sprach als erster Redner. Die Locarno-Politik, die zur Lösung der damaligen Regierungskoalition geführt hat, lehnt die Partei nach wie vor ab, um so mehr, als die Ereignisse der Zwischenzeit ihre „Bedenken und Befürchtungen bestätigt" haben. Wegen Locarno hätten sie ja auch den damit verknüpften Eintritt in den Völkerbund abgelehnt. Daraus, daß dies trotzdem nicht hat verhindert werden können, ergeben sich für die Partei neue, wichtige Aufgaben in

„positiver Fortsetzung ihrer bisherigen Stellungnahme".

Für diese Aufgabe, ihre Arbeit und, im Rahmen der Völkerbundspolitik, ihren Einfluß einzusetzen, sei die Partei entschlossen. Nur dadurch kann den deutschen Minderheiten wirklich geholfen werden. Chamberlains Wunsch, die Minderheiten möchten allmählich in den Staatsvölkern aufgehen, setze die Partei das Gelöbnis entgegen: „Was deutsch ist, soll deutsch bleiben!"

Westarp fuhr fort: Deutschland muß im Völkerbund deutsche Politik treiben. Das ist möglich, seitdem im Völkerbund bedeutsame Wandlungen festzustellen sind, die gerade im letzten Jahre im Streit um die Ratssitze deutlich erkennbar wurden. Nationale Machtkämpfe werden hinter den Kulissen ausgefochten. Deutschland muß von der Handlungsfreiheit, die es dadurch gewonnen hat, Gebrauch machen und mit all den Staaten zusammenzugehen versuchen, die sich, wie Deutschland, nicht bedingungslos der Führung der Westmächte überlassen wollen. Von besonderer Bedeutung ist damit die Frage der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten.

Eine solche deutsche Politik ist nur ohne die Sozialdemokraten, ja gegen die Sozialdemokratie möglich, die die deutschen Belange immer den vermeintlichen Interessen des internationalen Proletariats und pazifistischen Illusionen zu opfern bereit ist.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft kann ohne Abänderung des Dawes-Abkommens nicht aufgehalten werden. Die Fragen von Religion und Sittlichkeit, von Kultur und Erziehung gehören zu den Hauptaufgaben der Partei, und das lang verheißene Schulgesetz muß durchgeführt werden. Die christliche Arbeiterschaft kann der Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei auch bei einem Volksentscheid über das Schulgesetz gewiß sein. Die Erfüllung aller dieser Aufgaben wird bedroht von der immer radikaler werdenden Sozialdemokratie, dem Terror der Kommunisten und dem gegen links versagenden Polizeiregiment Braun-Severing in Preußen. Gegen diese Gefahren müssen festere Regierungsverhältnisse endlich geschaffen werden.

Die Mitte allein, die sich von Fall zu Fall ihre Mehrheit sucht, ist nicht imstande, die inner- und außenpolitischen Aufgaben von dieser Fülle und Bedeutung zu lösen. Die so beliebte Koalition nach links, die Große oder die Weimarer, hat ihre Unfähigkeit, festere Regierungen zu bilden, erwiesen.

Unsere deutschnationale Pflicht ist es daher, uns bereit und entschlossen zu zeigen zur Uebernahme der Verantwortung.

Das Zentrum hat in dieser Beziehung die Entscheidung in Händen. Es sieht nicht so aus, als ob es sich sobald von seiner bedenklichen Politik der Mitte trennen wird. Wenigstens klingt danach die Aufforderung des Herrn Reichskanzlers Marx, uns vorbehaltlos zur Republik zu bekennen. Mit solchen Formulierungen und Erklärungen wird nur Unheil gestiftet. Wir erstreben die Wiederaufrichtung des Rechts- und des Ordnungsstaates und die Arbeit an der Befreiung von der Fremdherrschaft. Diesen Kämpfen und der Abwehr der internationalen Klassenkampfbestrebungen widmen wir unsere ganze Kraft und Arbeit im Parlament und im Volk.

Der preußische Landtagsabgeordnete Steinhoff sprach in der Diskussion zum Problem der preußischen Regierungsbildung, zur „preußischen Krankheit", an der Deutschland leide. Die Regierung Braun-Severing werde völlig beherrscht von der Sicherung ihrer Parteimißwirtschaft in Preußen. Am meisten leide unter diesem System der herrschenden Sozialdemokratie die Beamtenschaft, die mit Gesinnungsterror und Bespitzelung ihrer politischen Gesinnung drangsaliert werde.

Die deutschnationale Landtagsfraktion sehe deshalb ihre besondere Aufgabe darin, diesem System endlich ein Ende zu bereiten. Der Sturz der Regierung Braun-Severing sei der Tag, an dem der Wiederaufbau Preußens beginne.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich noch die Abgeordneten Paul Baecker, Rippel und ein Vertreter von Westpreußen, der in demagogischer Weise die Rückkehr zur Pflichttreue der Hohenzollern und die Wehrhaftmachung Preußens im alten Sinne verlangte. Das verhaßte System Braun-Severing müsse gestürzt werden. — Mit tosendem Beifall quittierten die Delegierten diese Aeußerungen.

Sympathiekundgebung für Severing

D. **Barmen**, 10. September. (Eig. Funkspruch.)

Minister Severing weilte am Donnerstag in Barmen, um die Einweihung des neuen Unterkunftsgebäudes der Schutzpolizei vorzunehmen. Diese Gelegenheit benutzten Reichsbanner und Sozialdemokratische Partei, um für den Innenminister eine Sympathiekundgebung zu veranstalten gegen den Hetzer Bacmeister, den Verleumder Severings. Severing dankte für die Kundgebung, die er nicht für sich in Anspruch nehme, sondern für die Republik. Tausende nahmen, abgesehen vom Reichsbanner und der sozialdemokratischen Parteiorganisation, an dieser Kundgebung teil. Die Kommunisten versuchten eine störende Gegendemonstration, wurden aber von der Polizei ferngehalten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260910/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG